

IW-Report - 14/2016



Ist Ungleichheit schlecht für das Wirtschaftswachstum?

Eine Neubewertung des Zusammenhangs für Deutschland

Autoren:

Galina Kolev

Telefon: 0221 4981-774 E-Mail: kolev@iwkoeln.de

Judith Niehues

Telefon: 0221 4981-768 E-Mail: niehues@iwkoeln.de

23. Mai 2016

Der Beitrag ist Teil des von der Carl-Deilmann-Stiftung geförderten Projekts "Sicherung sozialstaatlicher Aufgaben im demografischen Wandel".

© Institut der deutschen Wirtschaft Köln Postfach 101942 · 50459 Köln Konrad-Adenauer-Ufer 21 · 50668 Köln www.iwkoeln.de Nachdruck erlaubt





Inhalt

Zus	sammenfassung	. 3
I	Einleitung	. 4
П	Theoretischer Hintergrund und empirische Evidenz	. 5
Ш	Ungleichheit und Wachstum in Deutschland	12
IV	Fazit	16
Literatur		17



Zusammenfassung

Die zunehmende Ungleichheit in Deutschland habe zu weniger Wirtschaftswachstum geführt: So lautet das Ergebnis einer OECD-Studie, die in Verteilungsdebatten immer wieder zitiert wird. Doch Replikationen dieser Schätzungen zeigen, dass dieser Befund für Deutschland nicht haltbar ist. Zwar könnte die Ungleichheit einen negativen Einfluss auf das Wachstum haben. Allerdings nicht generell, sondern in Volkswirtschaften mit einem geringen Bruttoinlandsprodukt (BIP) – als Orientierungswert zeigen die Schätzungen ein BIP von 9.000 US-Dollar pro Kopf. Denn in jenen Ländern sind ärmere Bevölkerungsgruppen meist von Bildung ausgeschlossen, und das Gesellschaftssystem insgesamt ist eher instabil. Für Industrienationen wie Deutschland ist der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum hingegen, wenn überhaupt nachweisbar, eher positiv, weil Ungleichheit die Anreize für Unternehmertum und Innovationen steigert. Das gilt zumindest, solange die Ungleichheit nicht überhandnimmt. Ab einem Gini-Koeffizienten von etwa 0,35 wird es wahrscheinlicher, dass Ungleichheit das Wirtschaftswachstum hemmt. In Deutschland liegt der Gini-Koeffizient mit 0,29 weit unter diesem Schwellenwert. Die Ungleichheit legte einzig von 2000 bis 2005 merklich zu, als auch die Wirtschaft schwächelte. Die Ungleichheit taugt also nicht zur Erklärung des langsamen Wirtschaftswachstums, da sie parallel und nicht in der Vorperiode anstieg. Die Ungleichheit führt zudem keineswegs zu einer immer stärker verunsicherten Gesellschaft: Zu kaum einem Zeitpunkt waren die Sorgen um die allgemeine und eigene wirtschaftliche Situation geringer als heute.

JEL-Klassifikation:

O4: Wirtschaftswachstum und Gesamtwirtschaftliche Produktivität

O15: Ökonomische Entwicklung: Einkommensverteilung

H23: Steuern, Subventionen und Staatseinnahmen: Umverteilungseffekte



I Einleitung

Die Debatte um die Ungleichheit in der Gesellschaft hat in den letzten Jahren neue Dimensionen angenommen. Laut Studien der OECD und des Internationalen Währungsfonds soll zunehmende Ungleichheit negative Folgen auf das Wirtschaftswachstum haben (Cingano, 2014; Ostry et al., 2014). Laut OECD-Studie hätte Deutschland ein um 6 Prozent höheres Bruttoinlandsprodukt gehabt, wenn sich die Einkommensschere zwischen arm und reich seit den 1980er-Jahren nicht weiter geöffnet hätte (Cingano, 2014). Den Grund für die negative Auswirkung der Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum sieht der Autor in dem für Kinder aus sozial schwächeren Familien eingeschränkten Zugang zum Bildungssystem. Umverteilende Maßnahmen wie Steuern oder Transfers seien hingegen nicht zwangsläufig wachstumshemmend – so lautet ein weiteres Ergebnis dieser Studie. Die politischen Implikationen sind für den OECD-Generalsekretär Angel Gurria klar: Wir können nur auf starkes und dauerhaftes Wachstum zählen, "wenn wir der hohen und weiter wachsenden Ungleichheit etwas entgegensetzen" (OECD, 2014).

Die Ergebnisse der OECD-Studie haben einen großen medialen Widerhall verzeichnet und wurden Anfang 2016 erneut umfassend zitiert, als Marcel Fratzscher sein Buch "Verteilungskampf" veröffentlichte. In dem Buch stellt Fratzscher fest, Deutschland habe sich in den vergangenen Jahren zu "einem der ungleichsten Länder der industrialisierten Welt" entwickelt und der Anstieg der Ungleichheit sei mit Wachstumseinbußen im Wert von 160 Milliarden Euro oder 8.000 Euro für eine vierköpfige Familie verbunden – Zahlen, denen die Ergebnisse der OECD-Studie zugrunde liegen (Fratzscher, 2016).

Würden diese Befunde so eindeutig stimmen, so hätte dies einen grundlegenden Zielkonflikt der Wirtschaftspolitik gelöst. Der Trade-off zwischen Effizienz und Gerechtigkeit wäre entkräftet, da man durch mehr Gerechtigkeit etwa in Form von Umverteilungsmaßnahmen auch die Effizienz gemessen beispielsweise am Wirtschaftswachstum steigern kann. Doch so eindeutig ist der Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und dem Wirtschaftswachstum nicht. Zwar könnte die Ungleichheit tatsächlich wachstumshemmende Wirkungen haben – etwa in Entwicklungsländern, in denen die Bildungschancen entscheidend vom Einkommen der Eltern abhängig sind, oder auch in Ländern mit einem sehr hohen Niveau an Ungleichheit, das zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität führt. In anderen Ländern sorgt hingegen Ungleichheit eher für Leistungsanreize und schafft Wachstum, während Umverteilung durch Steuern und Transfers diese Anreize mindert und dadurch wachstumsfeindlich wirkt. Dies soll etwa folgendes Beispiel veranschaulichen: Würden Einkommen ab einer Million Euro mit 75 Prozent besteuert, so würde das die Ungleichheit unmittelbar senken. Wenn das hohe Einkommen aber einem Unternehmer gehört und dieser aufgrund der Besteuerung seine Investitionstätigkeit einschränkt oder im Extremfall sogar mit seiner Firma das Land verlässt, führt dies sowohl zu Wachstumsverlusten als auch zu Entlassungen in



Deutschland. Somit ist es im wissenschaftlichen Diskurs nahezu unumstritten, dass ein gewisses Maß an Ungleichheit Anreize für wirtschaftlichen Fortschritt schafft (Grömling, 2001).

Die vorliegende Analyse stellt eine Neubewertung der Debatte um die Wachstumswirkung der Ungleichheit in Deutschland dar. Im nächsten Abschnitt werden die Wirkungsmechanismen erörtert, die potenziell die Ungleichheit mit dem Wirtschaftswachstum in Verbindung bringen können, und die Ergebnisse empirischer Analysen zu dem Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum systematisch dargestellt. Hierbei liegt der Fokus auf den Ergebnissen einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung (Kolev/Niehues, 2016). Anders als in früheren Studien wird explizit nicht davon ausgegangen, dass steigende Ungleichheit in allen Ländern denselben Effekt hat und die Studie berücksichtigt unterschiedliche Entwicklungsniveaus und das anfängliche Ausmaß der Ungleichheit. Wachstumshemmende Wirkungen einer zunehmenden Ungleichheit sind vor allem in weniger entwickelten Volkswirtschaften sowie in solchen mit einem hohen Niveau an Einkommensungleichheit zu erwarten. Der dritte Abschnitt bietet einen Überblick über einige stilisierte Fakten bezüglich der Ungleichheitssituation und des Wirtschaftswachstums in Deutschland. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob Deutschland mit seinem Niveau an Einkommensungleichheit tatsächlich eines der ungleichsten Länder geworden ist beziehungsweise potenziell das "gute Maß" an Ungleichheit überschritten hat. Der vierte Abschnitt liefert einige abschließende Bemerkungen.

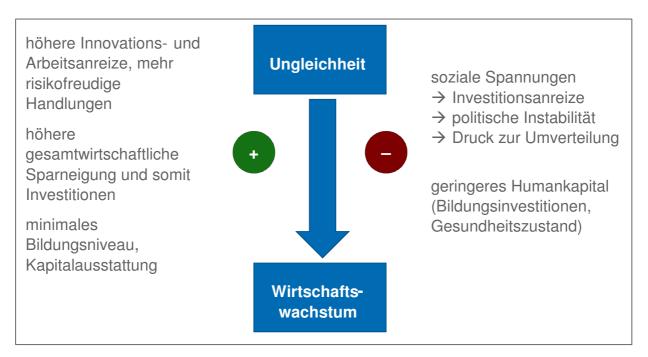
II Theoretischer Hintergrund und empirische Evidenz

Der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum wurde in der empirischen Literatur in zahlreichen Analysen untersucht. Die Ergebnisse sind nicht eindeutig und liefern Evidenz sowohl für einen positiven als auch für einen negativen Zusammenhang. Eine systematische Darstellung der wesentlichen Ansätze zur Erklärung dieses Zusammenhangs bietet Abbildung 1. Es gibt grundsätzlich zwei Wirkungskanäle, die eine negative Auswirkung zunehmender Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum begründen. Der erste Wirkungskanal betrifft die politische und soziale Stabilität eines Landes. In Gesellschaften mit einem hohen Niveau an Ungleichheit dürfte ihre weitere Zunahme zu sozialen Spannungen führen und somit die Attraktivität des Landes als Produktions- und Investitionsstandort beeinträchtigen (Alesina/Perotti, 1996). Zudem kann zunehmende Ungleichheit in solchen Situationen zu einer Verschiebung der Präferenzen politischer Entscheidungsträger hin zu mehr Umverteilungsmaßnahmen führen, die dann nach konventioneller Theorie das Wirtschaftswachstum hemmen (Okun, 1975). Auch die Präferenzen der



Bevölkerung können sich hin zu mehr Umverteilung verschieben, so dass sich die Tendenz verstärken würde, umverteilungsfreudige Parteien zu wählen, die eine höhere Besteuerung zulasten der wirtschaftsfreundlichen Politik durchsetzen (Bertola, 1993; Alesina/Rodrick, 1994; Perotti, 1996). Damit die Ungleichheit über diesen Wirkungskanal eine wachstumshemmende Wirkung entfalten kann, muss allerdings das "gute Maß" an Ungleichheit bereits überschritten sein – es ist wenig wahrscheinlich, dass in Gesellschaften mit einer relativ gleichen Einkommensverteilung die Zunahme der Ungleichheit zu sozialen Unruhen oder zur Verschiebung der politischen Präferenzen führen kann. Der Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und dem Wirtschaftswachstum ist somit nicht linear und hängt entscheidend davon ab, welches Ungleichheitsniveau in einem bestimmten Land bereits herrscht. Die Analyse von Chen (2003) bestätigt diese Nichtlinearität. Der Autor stellt fest, dass der Zusammenhang besser durch eine nach unten gerichtete Parabel beschrieben werden kann als durch eine Gerade.

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der zweite Wirkungskanal, der einen negativen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum begründet, betrifft etwa die Bildungschancen der Bevölkerung. Grundsätzlich könnte zunehmende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum hemmen, wenn dadurch das Humankapital eines Landes abnimmt (Perotti, 1996; Galor/Moav, 2004). Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn der Zugang zum Bildungs- oder Gesundheitssystem abhängig vom Einkommensniveau ist, und in Ländern, in denen die Bildungschancen und die Gesundheitsversorgung nur für die Besserverdiener vorhanden sind. Dies dürfte in



der Regel in weniger entwickelten Ländern der Fall sein. In den meisten Ländern mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen ist hingegen damit zu rechnen, dass ein Mindestniveau an Ausbildung und Gesundheitsversorgung für jeden unabhängig vom Einkommensniveau zugänglich ist. Auch hier zeigt sich somit, dass der Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und dem Wirtschaftswachstum nicht linear ist, sondern von dem Entwicklungsstand eines Landes – gemessen zum Beispiel anhand des Pro-Kopf-Einkommens – abhängt. Dies wurde in der Analyse von Barro (2000) bestätigt: Die Ergebnisse zeigen, dass der Zusammenhang in weniger entwickelten Ländern negativ und positiv in Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen ist. Es kann kein Effekt nachgewiesen werden, sobald man beide Ländergruppen miteinander vermischt und den Entwicklungsstand dabei nicht berücksichtigt.

Neben den oben beschriebenen Wirkungskanälen gibt es auch solche, die einen positiven Zusammenhang begründen. So steigert die Ungleichheit die Anreize für Innovation und Unternehmertum (Lazear/Rosen, 1981) und motiviert die Leute, eine bessere Ausbildung anzustreben. Auch über die Sparquote einer Volkswirtschaft kann ein positiver Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum erklärt werden, denn die Sparquote ist in den oberen Einkommensschichten wesentlich höher. Dies geht mit einer höheren Ersparnis einher, die dann für Investitionszwecke zur Verfügung steht und letzten Endes eine positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum hat (Kaldor, 1957). In weniger entwickelten Volkswirtschaften kommt auch ein zusätzlicher Effekt hinzu: Hohe Ungleichheit bedeutet, dass zumindest einige Wirtschaftssubjekte die Chance haben, das Minimum an Einkommen zu verdienen, um ein gutes Bildungsniveau zu erreichen oder ein Unternehmen zu gründen (Barro, 2000).

Seit den 1990er-Jahren war der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum Gegenstand einer großen Anzahl empirischer Analysen (Alesina/Rodrik, 1994; Barro, 2000; Clarke, 1995; Halter et al., 2014; Li/Zou, 1998; Perotti, 1996). Hierbei wird die Ungleichheit in den meisten Arbeiten anhand des Gini-Koeffizienten gemessen. Der Gini-Koeffizient stellt ein Standardmaß für die Einkommensungleichheit dar und nimmt Werte zwischen null und eins an. Ein Wert von null impliziert eine vollkommene Gleichverteilung des Einkommens, wohingegen bei einem Gini-Koeffizienten in Höhe von eins eine Person das gesamte Einkommen der betrachteten Volkswirtschaft bekommt. Ein höherer Gini-Koeffizient beschreibt somit eine höhere Ungleichverteilung des Einkommens. Die Papiere von Dominicis et al. (2008) und Neves et al. (2016) liefern einen umfassenden Überblick über die empirischen Arbeiten auf diesem Gebiet. Ihre Analysen zeigen, dass der geschätzte Koeffizient für die Auswirkung zunehmender Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum zwischen -0,135 (Knowles, 2005) und 0,156 Prozentpunkten (Banargee/Duflo, 2003) liegt. Der von Neves et al. (2016) ermittelte Mittelwert der Koeffizienten in der Meta-Analyse ist zwar negativ, doch die Autoren weisen darauf hin, dass er ökonomisch nicht sinnvoll zu interpretieren ist. Der Effekt impliziert, dass



eine Zunahme des Gini-Koeffizienten um 0,1, die sehr unwahrscheinlich ist und wenn überhaupt über Jahrzehnte vollzogen wird, das jährliche Wirtschaftswachstum um 0,1 Prozentpunkte senken könnte. Für Deutschland würde das Ergebnis von Neves et al. (2016) bedeuten, dass die Zunahme des Gini-Koeffizienten im Betrachtungszeitraum von 0,256 auf 0,286 das Wirtschaftswachstum um 0,04 Prozentpunkte reduziert haben könnte. Dieser Wert liegt weit unter der von der OECD-Studie ausgewiesenen Wachstumseinbuße von 6 Prozentpunkten. Dieser Effekt resultiert zudem aus der Zusammenfassung unterschiedlicher Studien über eine große Anzahl von Ländern ohne Berücksichtigung des jeweiligen Entwicklungsstandes und des Ungleichheitsniveaus. Da die Übersicht von Neves et al. (2016) Hinweise liefert, dass der negative Effekt insbesondere für Länder mit einem geringeren Entwicklungsstand erkennbar ist, ist der Durchschnittseffekt nur mit Vorsicht auf Deutschland zu übertragen.

Auch der Sachverständigenrat (SVR) weist in seinem Jahresgutachten 2015/2016 darauf hin, dass der Effekt zwischen Ungleichheit und Wachstum nicht stabil ist und entscheidend von der Modellspezifikation abhängt (SVR, 2015). Die Forscher finden für Hocheinkommensländer mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 15.000 US-Dollar (in Preisen von 2005) in 69 Prozent ihrer 150 Schätzungen einen positiven Effekt. Wenn sie auch die Standarddeterminanten des Wirtschaftswachstums in ihre Schätzung aufnehmen, dann sind es sogar 87 Prozent von 150 Schätzungen, die den positiven Effekt bestätigen. Wird eine heterogene Ländergruppe verwendet, so stellen die Autoren den gegenteiligen Effekt fest. Die Forscher weisen dabei darauf hin, dass die üblicherweise in den empirischen Analysen verwendete Schätzmethode fragwürdig ist.

Eine weitere umfassende Analyse des Zusammenhangs zwischen Ungleichheit und Wachstum bieten Kolev/Niehues (2016). In einem ersten Schritt wird im Rahmen einer Panel-Daten-Analyse für die OECD-Länder die Robustheit des von der OECD-Studie ermittelten negativen Koeffizienten getestet. Die Analyse repliziert weitestgehend die Schätzungen aus der OECD-Studie. Das Wachstum des BIP pro Kopf für Fünfjahreszeiträume über die Zeit 1970 bis 2010 wird in Abhängigkeit von typischen Wachstumsdeterminanten wie Einkommensniveau, Humankapital oder Investitionsquote sowie von der Ungleichheit des Nettoeinkommens untersucht. Unbeobachtete Entwicklungen und Eigenschaften der Länder werden durch Zeit- und Länder-Dummies erfasst.

Zunächst setzt sich die Studie kritisch mit der verwendeten Schätzmethode auseinander. Zahlreiche Studien zu den Determinanten des Wirtschaftswachstums ziehen den sogenannten System-GMM-Schätzer heran, um für potenzielle Endogenitätsprobleme Rechnung zu tragen. Im Fall der Ungleichheit ist es sehr wahrscheinlich, dass sie nicht unabhängig vom Wirtschaftswachstum selbst ist – beide Variablen beeinflussen sich in der Regel gegenseitig, was die Ergebnisse der empirischen Analyse verzerren kann. Der System-GMM-Schätzer berücksichtigt

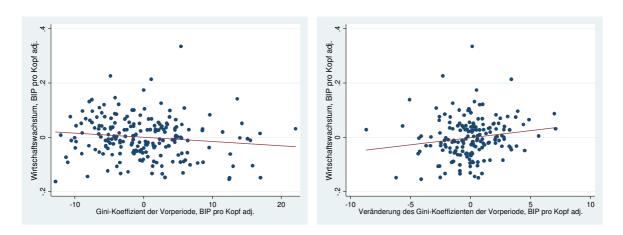


dieses Problem, indem er nicht die Ungleichheitsvariable selbst verwendet, sondern sie durch vergangene Werte und Differenzen instrumentalisiert – die dann weniger abhängig vom Wachstum in der laufenden Periode sein dürften. Diese auch von der OECD-Studie verwendete Methode ist allerdings mit Vorsicht anzuwenden, da die Ergebnisse oft sehr stark von der Anzahl der verwendeten Instrumente und grundsätzlich von der Modellspezifikation abhängen. Einfache Tests zeigen zudem, dass die im Fall der Ungleichheit verwendeten Instrumente schwach sind, was zusätzlich die Eignung des System-GMM-Schätzers im Kontext des Zusammenhangs zwischen Ungleichheit und Wachstum in Frage stellt.

Wenn man den Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Einkommensungleichheit deskriptiv untersucht, dann zeigt sich in einer rein bivariaten Betrachtung keine signifikante Beziehung zwischen den beiden Größen. Abbildung 2 zeigt die Zusammenhänge, wenn man zunächst mittels einer Regressionsanalyse die Unterschiede im BIP pro Kopf herausrechnet und dann die Residuen dieser Regression betrachtet. Man erkennt einen leicht negativen Zusammenhang zwischen beiden Größen bei Betrachtung der Ungleichheitsniveaus, der sich zu einem positiven Zusammenhang verändert, wenn man nur die Veränderungen der Ungleichheit berücksichtigt.

Abbildung 2: Ungleichheit und Wirtschaftswachstum in OECD-Staaten

Korrigiert um Unterschiede im BIP pro Kopf



Die linke Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und dem Gini-Koeffizienten der Ungleichheit der Nettoeinkommen in der Vorperiode. Die rechte Abbildung korreliert Wachstum mit den jeweiligen Veränderungen der Gini Koeffizienten. Alle Variablen wurden um Unterschiede in den BIP-pro-Kopf-Niveaus korrigiert.

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, OECD und SWIID (Standardized World Income Inequality Database)

Die Ergebnisse der weiteren empirischen Regressionsanalyse zeigen, wie wenig robust der untersuchte Zusammenhang für die OECD-Länder ist. Je nach verwendeter Methode und Spezifikation konnten sowohl positive als auch negative



Koeffizienten für die Ungleichheitsvariable ermittelt werden. Der negative Effekt von Ungleichheit auf Wirtschaftswachstum konnte insbesondere bei Schätzungen festgestellt werden, bei denen Hinweise auf eine Fehlspezifikation des Modells vorliegen. Beispielsweise konnte der negative Effekt bereits dann nicht mehr nachgewiesen werden, wenn eine Dummy-Variable für postkommunistische Länder hinzugefügt wurde. Dies zeigt, dass der negative Effekt vor allem durch die zuvor erörterten spezifischen Ländereffekte zustande kommt: Diese Länder weisen eine relativ geringe Ungleichheit auf, die mit einem hohen Wirtschaftswachstum einhergeht. Doch die geringe Ungleichheit ist nicht zwangsläufig die Erklärung für das hohe Wirtschaftswachstum. Viel wahrscheinlicher ist es, dass das hohe Wirtschaftswachstum in diesen Ländern konvergenzbedingt ist. Kontrolliert man diese Ländereffekte, zeigt sich ein schwach signifikant positiver Effekte zwischen der Einkommensungleichheit und dem Wirtschaftswachstum.

Im zweiten Schritt wird der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Umverteilungsmaßnahmen untersucht und der von der OECD und dem Internationalen Währungsfonds (IMF) in ihren Studien gefundene Befund in Frage gestellt, dass Umverteilung keine wachstumshemmende Wirkung hat. Anders als die OECD- und IMF-Studien wird in Niehues/Kolev (2016) nicht die Differenz zwischen den Gini-Koeffizienten für Markt- und Nettoeinkommen als Indikator für die effektive Umverteilung verwendet. Der Grund dafür ist, dass der Staat nicht in der Lage ist, diese Variablen direkt zu beeinflussen – die effektive Umverteilung eines progressiven Steuersystems hängt nämlich inhärent von der Ungleichheit der zugrundeliegenden Ausgangsverteilung der Einkommen statt. Stattdessen wurden andere Umverteilungsindikatoren verwendet, wie die Steuerquote, ein Maß für die institutionelle Progression des Steuersystems, der Spitzensteuersatz usw. Die Ergebnisse sind auch hier nicht stabil, doch im Großen und Ganzen weisen sie auf einen negativen Effekt dieser Indikatoren auf das Wirtschaftswachstum. Dass zunehmende Umverteilung nicht mit Wachstumseinbußen einhergeht, bleibt somit ein fragwürdiger Befund.

Im letzten Schritt wird der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum in einem erweiterten Datensatz mit 113 Ländern über den Zeitraum 1950 bis 2010 analysiert und auf potenzielle Nichtlinearitäten getestet. Dieser erweiterte Datensatz liefert eher Evidenz für einen positiven Effekt der Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum. Zudem weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die aufgestellte Hypothese möglicher Nichtlinearitäten bestätigt werden kann. Die Ungleichheit scheint abhängig vom Entwicklungsstand der Länder zu sein: In weniger entwickelten Volkswirtschaften – oder genauer, in Ländern deren BIP pro Kopf 9.000 US-Dollar nicht übersteigt – zeigt sich ein negativer Effekt zunehmender Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum; in Industriestaaten ist hingegen eher von einem positiven Effekt auszugehen. Auch das bereits vorliegende Niveau an Ungleichheit spielt für den Zusammenhang eine wichtige Rolle. Bis zu einem Schwellenwert des Gini-Koeffizienten von 0,35 ist – wenn überhaupt – eher von

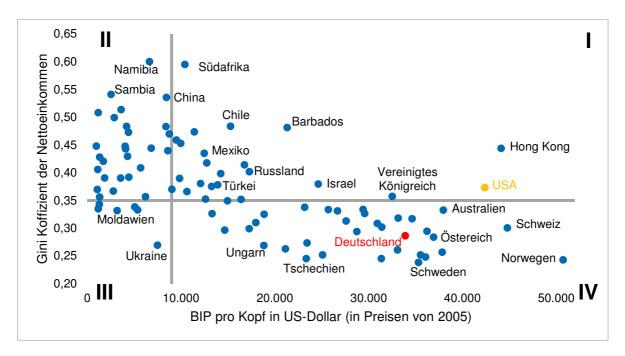


einem positiven Zusammenhang auszugehen. Erst wenn dieses "gute Maß" an Ungleichheit überschritten wird, ist mit negativen Folgen der zunehmenden Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum zu rechnen.

Auf Basis der so ermittelten Schwellenwerte lässt sich dann die Frage beantworten, welche Länder insbesondere mit wachstumshemmenden Wirkungen zunehmender Ungleichheit rechnen sollen. Abbildung 3 stellt die in der empirischen Analyse untersuchten Länder gemäß ihrem Niveau an Ungleichheit und ihrem Entwicklungsstand gemessen am Pro-Kopf-Einkommen dar.

Abbildung 3: Gefahrenzonen für Wachstumsverluste durch steigende Ungleichheit (2010)

Die vertikale Achse (BIP pro Kopf in Höhe von 9.000 US-Dollar) stellt die obere Grenze der Schätzwerte des BIP pro Kopf dar, unterhalb dessen ein wachstumshemmender Effekt der Ungleichheit zu erwarten ist. Die horizontale Achse (Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen in Höhe von 0,35) stellt die untere Grenze der Schätzwerte des Gini-Koeffizienten dar, oberhalb dessen ein negativer Effekt der Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum wahrscheinlicher wird. Luxemburg und Singapur sind aufgrund ihres sehr hohen BIP pro Kopf in dieser Abbildung nicht dargestellt.



Quadrant I: potenziell wachstumshemmende Wirkung der Ungleichheit aufgrund eines bereits

hohen Ungleichheitsniveaus,

Quadrant II: potenziell wachstumshemmende Wirkung der Ungleichheit aufgrund eines geringen

Entwicklungsstands und eines hohen Ungleichheitsniveaus,

Quadrant III: potenziell wachstumshemmende Wirkung der Ungleichheit aufgrund eines geringen

Entwicklungsstands,

Quadrant IV: eher positive Effekte der Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum.

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, PWT (Penn World Tables) und SWIID (Standardized World Income Inequality Database)



Eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum ist in den ersten drei Quadranten des Diagramms wahrscheinlicher. Im ersten Quadrant liegt zwar das BIP pro Kopf bei über 9.000 US-Dollar, so dass davon auszugehen ist, dass mit dem vergleichsweise hohen Entwicklungsstand der dazu gehörigen Länder auch ein Mindestniveau an Ausbildung und Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen gegeben ist. Somit dürfte die Ungleichheit das Wachstum nicht bremsen, indem den unteren Einkommensschichten der Zugang zum Bildungs- oder Gesundheitssystem versperrt bleibt. Doch in diesem Quadrant liegt ein hoher Gini-Koeffizient von über 0,35 vor, was darauf hindeutet, dass das "gute Maß" an Ungleichheit überschritten ist. Weiter steigende Ungleichheit könnte zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität führen, sowie eine Verschiebung der Präferenzen hin zu mehr Umverteilungsmaßnahmen herbeiführen. All dies würde negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben. Zu dieser Ländergruppe gehören beispielsweise die USA mit einem Gini-Koeffizienten von 0,373 oder Russland mit einem Gini von 0,402.

Im dritten Quadrant mit Ländern wie Moldawien und der Ukraine ist das vorliegende Ungleichheitsniveau hingegen relativ gering. Doch diese Länder weisen einen niedrigen Entwicklungsstand auf, so dass immer noch davon auszugehen ist, dass zunehmende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum bremsen könnte.

Der vierte Quadrant kann als eine Art gefahrenfreie Zone identifiziert werden. Hier ist das "gute Maß" an Ungleichheit noch nicht überschritten und die Länder weisen zudem einen vergleichsweise hohen Entwicklungsstand auf. Es ist nicht davon auszugehen, dass ein Anstieg der Ungleichheit das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern bremst. Zu dieser Gruppe gehört Deutschland aber auch die skandinavischen Länder, die Schweiz sowie Länder aus Mittel- und Osteuropa.

III Ungleichheit und Wachstum in Deutschland

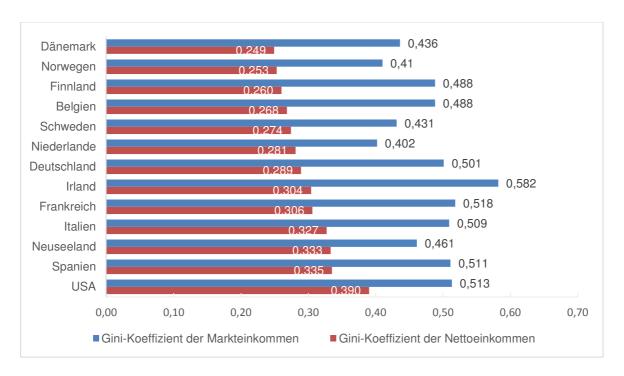
Um die potenzielle Auswirkung der Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland einzuschätzen, werden im vorliegenden Abschnitt stilisierte Fakten über das Ungleichheitsniveau präsentiert und im nächsten Schritt der wirtschaftlichen Entwicklung gegenübergestellt. Das Ausmaß an Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten vor und nach staatlicher Umverteilungsmaßnahmen ist für ausgewählte OECD-Staaten in Abbildung 4 dargestellt. Gemessen am Markteinkommen, das heißt am Einkommen vor Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, staatlichen Renten und Transferzahlungen, liegt der Gini-Koeffizient in Deutschland bei 0,50 und ist vergleichbar mit dem Niveau an Ungleichheit in Ländern wie Italien, Frankreich oder sogar den USA. Werden hingegen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigt, so liegt der Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen bei 0,29 – ein Wert der signifikant unter dem OECD-Durchschnitt



von 0,32 liegt. Dies zeigt, dass in Deutschland ein hohes Maß an effektiver Umverteilung zustande kommt. Da das Nettoeinkommen die für den Wohlstand der privaten Haushalte relevante Größe darstellt, schneidet Deutschland im internationalen Vergleich der Höhe der Einkommensungleichheit robust besser ab als der Durchschnitt und gehört keineswegs zu den ungleichsten Ländern der Welt.

Wie die Ausführungen im vorangehenden Abschnitt gezeigt haben, ist auch nicht davon auszugehen, dass die Zunahme an Ungleichheit in Deutschland wachstumshemmende Wirkung hat. Zum einen leben wir in einem entwickelten Land mit einem Gesundheits- und Bildungssystem, das auch für die unteren Einkommensschichten zugänglich ist. Zum anderen liegt das Niveau an Ungleichheit unter dem Schwellenwert, ab dem zunehmende Ungleichheit über soziale Unruhen oder Präferenzverschiebung das Wirtschaftswachstum bremsen würde.

Abbildung 4: Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung in ausgewählten OECD-Staaten im Jahr 2012



Gini-Koeffizient der Markteinkommen (vor Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, staatlichen Renten und sozialen Transfers) und der Nettoeinkommen (nach staatlichen Abgaben und Transfers). Der Unterschied zwischen den beiden Balken zeigt die Reduktion der Ungleichheit durch das staatliche Abgaben-, Renten- und Transfersystem (effektive Umverteilung).

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, OECD

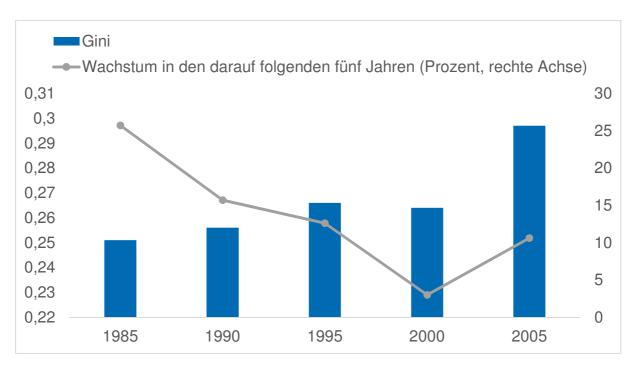
Die Daten über die Entwicklung des Gini-Koeffizienten und des Wirtschafswachstums in Deutschland in Abbildung 5 liefern eine weitere Evidenz dafür. In dem Zeitraum 1985 bis 1995 kann aus der Grafik tatsächlich ein negativer Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und dem Wachstum des BIP pro Kopf in



den darauf folgenden Jahren beobachtet werden. Doch der oft zitierte markante Ungleichheitsanstieg hat sich nahezu ausschließlich in den Jahren 2000 bis 2005 vollzogen. Diese Periode ging zugleich mit dem schwächsten Wirtschaftswachstum im gesamten Beobachtungszeitraum einher; beide Entwicklungen fanden also zeitgleich statt. Würde sich steigende Ungleichheit tatsächlich kausal negativ auf das Wirtschaftswachstum Deutschlands auswirken, sollte ein Einbruch oder Rückgang des Wachstums in der Folgeperiode erkennbar sein. Hier zeichnet sich jedoch ab, dass Anstiege der Ungleichheit in der Folgeperiode eher mit höherem Wachstum einhergingen. Zusammenfassend lässt sich auch aus den deskriptiven Statistiken festhalten, dass ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum für den Fall Deutschlands nicht zu erkennen ist.

Abbildung 5: Ungleichheit und Wachstum in Deutschland

Gini-Koeffizient des Nettoeinkommens; Wachstum des BIP pro Kopf in den darauf folgenden fünf Jahren in Prozent



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, OECD, PWT 8.1

Abschließend soll die Auswirkung der zugenommenen Ungleichheit um eine weitere Facette ergänzt werden. Es wird immer wieder von einer zunehmend "verunsicherten Gesellschaft" und der "Abstiegsangst der Mittelschicht" gesprochen. Um die Sorgen der Bevölkerung um die wirtschaftliche Situation darzustellen, werden Daten des Sozio-oekonomischen Panels verwendet. Tatsächlich haben die Sorgen seit Ende der 1990er Jahre – zeitgleich mit dem Ungleichheitsanstieg – zunächst zugenommen: Im Jahr 2005 haben sich 53 Prozent der Bevölkerung Westdeutschlands große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

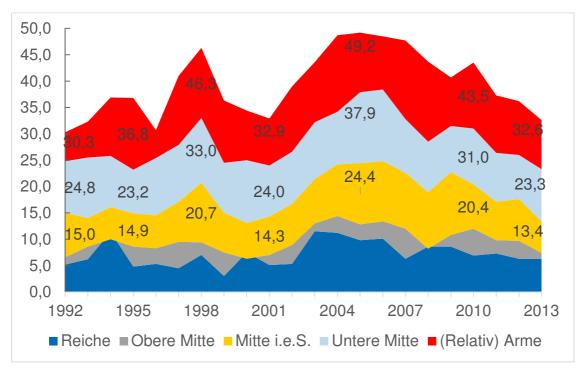


gemacht, und sogar über 60 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung. Allerdings haben die Sorgen um die wirtschaftliche Situation seit 2005 kontinuierlich abgenommen. Im Jahr 2013 machten sich nur noch 18 Prozent der Westdeutschen große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation Deutschlands, in Ostdeutschland nur noch 20 Prozent der Bevölkerung.

Ähnliches gilt für die in Abbildung 6 dargestellten Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation: In der Mittelschicht liegen diese so niedrig wie nie seit der Wiedervereinigung. Gleiches gilt für die einkommensschwache/untere Mittelschicht. Selbst bei den Armutsgefährdeten ist der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen um ihre wirtschaftlichen Verhältnisse machen, von knapp 50 Prozent in 2005 auf 33 Prozent im Jahr 2013 gesunken. Und das obwohl sich in diesem Zeitraum die Ungleichheit und die Armutsgefährdungsquote praktisch nicht verändert haben. Die Sorgen und die Verunsicherung gesellschaftlicher Schichten hängen somit sehr viel mehr mit der konjunkturellen beziehungsweise realwirtschaftlichen Entwicklung zusammen, als mit der Entwicklung der Ungleichheit.

Abbildung 6: Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation

Anteile der Einkommensschicht (Personen ab 17 Jahren), die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen, in Prozent



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, SOEP



IV Fazit

Die vorliegenden Analyseergebnisse sprechen eindeutig dagegen, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland ein negativer Wachstumstreiber ist. Für einen ausgereiften Wohlfahrtsstaat, wie die Bundesrepublik mit einem unterdurchschnittlichen Ungleichheitsniveau, ist – wenn überhaupt – eher von einem positiven Effekt der Einkommensungleichheit auf das Wachstum auszugehen.

Die Studie zeigt, dass in Industriestaaten, die durch unterdurchschnittliche Ungleichheitsniveaus gekennzeichnet sind, keine negative Beziehung zwischen steigender Ungleichheit und Wirtschaftswachstum besteht. Das abgeschwächte Wirtschaftswachstum in Deutschland ist beispielsweise keineswegs das Ergebnis wachsender Ungleichheit – vielmehr fanden beiden Entwicklungen parallel statt. Die Forderung nach mehr Umverteilung als konjunkturelle Maßnahme scheint deshalb in Staaten wie Deutschland, Schweden oder Norwegen wenig zielführend. Insbesondere in Deutschland findet außerdem durch ein überdurchschnittlich hohes Ausmaß an staatlichen Umverteilungsmaßnahmen bereits eine starke Reduktion der Bruttoeinkommensungleichheit statt. Stärkere Umverteilung und Reduktion der Ungleichheit allein kann deshalb nicht das wirtschaftspolitische Instrument zur Bewältigung des Problems geringeren Wirtschaftswachstums sein.



Literatur

Alesina, Alberto / **Perotti**, Roberto, 1996, Income distribution, political instability and investment, in: European Economic Review, Vol. 40, S. 1203–1228

Alesina, Alberto / **Rodrik**, Dani, 1994, Distributive politics and Economic growth, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 109, No. 2, S. 465–490

Banerjee, Abhijit V. / **Duflo**, Esther, 2003, Inequality and growth: What can the data say?, in: Journal of Economic Growth, Vol. 8, No. 3, S. 267–299

Barro, Robert J., 2000, Inequality and Growth in a Panel of Countries, in: Journal of Economic Growth, Vol. 5, No. 1, S. 5–32

Bertola, Giuseppe, 1993, Factor Shares and savings in endogenous growth, in: American Economic Review, Vol. 83, No. 5, S. 1184–1198

Chen, Been-Lon, 2003, An inverted-U relationship between inequality and long-run growth, in: Economic Letters, Vol. 79, No. 2, S. 205–212

Cingano, Federico, 2014, Trends in income inequality and its impact on Economic growth, OECD SEM Working Paper 163

Clarke, Georg R. G., 1995, More evidence on income distribution and growth, in: Journal of Development Economics, Vol. 47, No. 2, S. 403–427

Dominics, Laura De / **Florax**, Raymond J. G. M. / **Groot**, Henri L. F., 2008, A meta-analysis on the relationship between inequality and Economic growth, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. 55, S. 654–682

Fratzscher, Marcel, 2016, Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG

Galor, Oded / **Moav**, Omer, 2004, From Physical to Human Capital Accumulation: Inequality and the Process of Development, in: Review of Economic Studies, Vol. 71, No. 4, S.1001–1026

Grömling, Michael, 2001, Ist Ungleichheit der Preis für Wohlstand? Zum Verhältnis von Wachstum und Verteilung, Köln



Halter, Daniel / **Oechslin**, Manuel / **Zweimüller**, Josef, 2014, Inequality and growth: The neglected time dimension, in: Journal of Economic Growth, Vol. 19, No. 1, S. 81–84

Kaldor, Nicholas, 1957, A Model of Economic Growth, in: The Economic Journal, Vol. 67, No. 268, S. 591–627

Knowles, Stephen, 2005, Inequality and Economic growth: The empirical relationship reconsidered in the light of comparable data, in: Journal of Development Studies, Vol. 41, No. 1, S. 135–139

Kolev, Galina / **Niehues**, Judith, 2016, The Inequality-Growth Relationship: An Empirical Reassessment, IW-Report Nr. 7/2016

Lazear, Edward P. / **Rosen**, Sherwin, 1981, Rank-Order Tournaments as Optimum Labor Contracts, in: Journal of Political Economy, Vol. 89, No. 5, S. 841–864

Li, Hongyi / **Zou**, Heng-fu, 1998, Income inequality is not harmful for growth: Theory and evidence, in: Review of Development Economics, Vol. 2, No. 3, S. 318–384

Neves, Pedro Cunha / **Afonso**, Óscar / **Silva**, Sandra Tavares, 2016, A Meta-Analytic Reassessment of the Effects of Inequality on Growth, in: World Development, Vol. 78, No. C, S. 386–400

OECD, 2014, https://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheitbeeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm [11.5.16]

Okun, Arthur M., 1975, Equality and Efficiency: the Big Trade-Off, Washington

Ostry, Jonathan D. / **Berg**, Andrew / **Tsangarides**, Charalambos, 2014, Redistribution, Inequality, and Growth, IMF Staff discussion Note, February

Perotti, Roberto, 1996, Growth, income distribution, and democracy: What the data say, in: Journal of Economic Growth, Vol. 1, S. 149–187

Sachverständigenrat – SVR, 2015, Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich, Jahresgutachten 2015, Wiesbaden